

Besonders im Berliner Osten herbe Stimmenverluste

Ein Bericht zu den Landtagswahlen in Berlin und Mecklenburg Vorpommern

Bei Wilhelm Busch heißt es: „Meist wie überhaupt, kommt es anders als man glaubt...“. Davon könnten so ziemlich alle Parteien ein Lied singen. Während in Schwerin die SPD um etwa zehn Prozent abstürzte, legte sie in Berlin sogar noch ein wenig zu. Die CDU dagegen musste in beiden Ländern „Federn lassen“. Ihr bläst, neben eigenen Fehlern, auch die rigide Bundespolitik kräftig ins Gesicht.

In Berlin durften die Grünen jubeln, während sie in Schwerin nicht mal unter „ferner liefen“ vorkamen. Dafür hat der Schweriner Landtag ein neues Problem am Hals, denn mit den sechs neuen NPD-Abgeordneten dürfte er in Zukunft sicher noch so manch unangenehme Überraschung erleben. In Berlin dagegen scheiterte die NPD an der Fünf-Prozent-Hürde, musste mit lediglich 0,4 Prozent vorlieb nehmen. Allerdings ist sie in vier von zwölf Bezirksparlamenten vertreten.

Die FDP schließlich hat, wie die CDU, in Berlin gleichfalls Stimmen verloren. Dafür kam sie in Schwerin auf stolze 9,6 Prozent.

Bleibt zum Schluss noch die Linkspartei. Während diese sich in Mecklenburg-Vorpommern unverändert und tapfer auf 16,8 Prozent halten konnte, rutschte, ja stürzte sie in Berlin von einst 22,6 auf jetzt nur noch 13,3 Prozentpunkte empfindlich ab. Besonders bitter ist, dass sie ausgerechnet in den Ostberliner Bezirken herbe Stimmenverluste von 18 Prozent hinnehmen musste. Bei den letzten Landtagswahlen 2001 erreichte sie dort noch satte 45 Prozent, während jetzt nur noch mühselige 27 Prozentpunkte zusammen kamen. Zwar soll man bei unangenehmen Fakten zuerst die Schuld bei sich selbst suchen, aber unbestritten bleibt, dass die abtrünnige Berliner WASG, die insgesamt

lediglich auf bescheidene drei Prozentpunkte kam, aber immerhin in sieben Bezirksparlamenten vertreten ist. Sie hatte ihren Wahlkampf einzig und allein auf die Linkspartei ausgerichtet um von dort kräftig Stimmen abzuzweigen.

Hinzu kommt, die für Berlin wirtschaftlich und finanziell kritische Situation, wozu auch der Bankenskandal gehört, für den der einst CDU-geleitete Senat die Bürgschaft übernommen hatte. Um das katastrophale Haushaltsloch zu stopfen, mussten alle Ausgaben auf den Prüfstand, und es musste so manches Liebgewordene gestrichen werden, wie zum Beispiel das Berliner Polizeiblasorchester und die Reiterschutstaffel. Dass diese und ähnliche Maßnahmen natürlich bei so manchem Bürger auf heftigen Widerstand stießen und zudem von den bürgerlichen, konservativen Medien hochgespielt und ausgeschlachtet wurden, dürfte auf der Hand liegen, denn ein rot-roter Senat ist so ziemlich das Letzte, was sie zu akzeptieren bereit sind.

Selbst im sozialen Netz waren Kürzungen zum Teil unausweichlich, so beispielsweise beim Blindengeld, was natürlich bei keinem Bürger Sympathie- oder gar Begeisterungstürme auslöste, aber damit begründet wurde, dass das gekürzte Blindengeld trotzdem noch im Durchschnitt aller übrigen Bundesländer liege.

Um sich ein Bild von den finanziellen Problemen zu machen, sei darauf hingewiesen, dass Berlin als höchst verschuldetes Land im Jahr 2006 allein und nur für Zinsen zwei Milliarden und 600 Millionen Euro zurück zu zahlen hat. So bitter diese Sparpille für die Berliner ist, sie war leider unumgänglich, weil nur dann die Bundesregierung bereit ist, Gelder zur Haushaltssanierung freizugeben bzw. bei zusteuern. Um das desolate Wahlergebnis der Linkspartei. PDS in Berlin fair einzuschätzen, muss man auch wissen,

dass zu der Wahl sagenhafte 28 Gruppierungen, Vereine und Parteien plus zusätzliche neun Einzelbewerber zugelassen wurden. Das ist deshalb wichtig, weil neben der Berliner WASG, die die PDS scharf attackiert hat, weitere zehn Splitterparteien im linken Lager auf Stimmenfang waren. So zum Beispiel eine Partei für Soziale Gerechtigkeit; eine Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Elitenförderung und Basisdemokratische Initiative, eine Deutsche Arbeitslosenpartei, eine Humanistische Partei; eine Partei der Arbeitslosen und Sozial Schwachen – wie gesagt: 28 Parteien und neun völlig unbekannte Einzelbewerber mischten mit.

Hinzu kommt, dass die SPD mit Klaus Wowereit einen höchst sympathischen Mann an der Spitze hat, während Wirtschaftsminister Harald Wolf, zwar professionell und routiniert seine Arbeit erledigte, aber kaum öffentlich wirksam Pluspunkte sammeln konnte.

Natürlich gab es auch Erfolge. So hat sich Berlin beispielsweise im Bundesrat allen sozialen Einbrüchen und Kürzungen strikt verweigert, die Länderfinanzen inzwischen weitgehend in Ordnung gebracht. Auch gab es keine Kündigungen im öffentlichen Dienst. Trotzdem waren Einsparungen auch im öffentlichen Haushalt nicht zu umgehen und mitunter sehr schmerzhaft.

Der Berliner Linkspartei bleibt somit nichts anderes übrig, aus all diesen nachteiligen Gegebenheiten und eigenen Fehlern die hoffentlich richtigen Lehren zu ziehen. An klugen Köpfen dürfte es in keinem Fall fehlen.

Eine wichtige Tatsache bleibt trotzdem noch anzumerken: Die Wahlbeteiligung der Bürger wird immer miserabler. In Berlin rutschte sie von 68 % im Jahr 2001 auf jetzt 58 %, in Schwerin 2002 von 70,6 % auf jetzt 60,3 % ab, also in beiden Parlamenten um jeweils etwa 10 Prozentpunkte. Ein deutliches Zeichen dafür, dass man zumindest in Ostdeutschland von dieser Art Demokratie wohl auch nicht mehr viel hält. Selbst rot-rote Landesregierungen können kaum über ihren eigenen Schatten springen, sind von Vorgaben der Parteispitze und der Bundesregierung abhängig, haben oft nur die Möglichkeit, das kleinere Übel zu wählen. Und die Regierung, die für das Volk da ist, muss leider erst noch geboren werden.
Wilfried Weise

Später ein tolles Erinnerungsstück? Zur Amtskette der Stadt Brandenburg

Wie schön! Am letzten Septembersonntag dieses Jahres waren bereits rund 12.000 Euro für die neue Amtskette der Oberbürgermeisterin zusammen gekommen.

Das ist genauso viel Geld, wie 10.000 Fahrten mit der Straßenbahn kosten. Wir Benutzer der Linie 2 haben es da allerdings an Sonn- und Feiertagen besonders schwer, auf diese Zahl zu kommen, denn an diesen Tagen fahren ja jeweils lediglich insgesamt 12 Bahnen zum und vom Quenz, allerdings nicht von der oder in die Innenstadt - da muss man umsteigen sondern lediglich zur Fontanestraße.

Aber das ist natürlich eine ganz andere Geschichte. Die Spenden für die Amtskette belaufen sich auf Summen zwischen 25 und 1000 Euro und es ist sicher noch mehr zu erwarten, denn der Oktober ist auch noch ein Spendenmonat. Die großen Summen könnten u.a. von Bauunternehmern kommen, denn die schauen einer sonnigen Zukunft entgegen. Die Baubranche boomt, sollte man annehmen.

In den nächsten Monaten geht es um die Neugestaltung im Bereich Potsdamer sowie St. Annenstraße bis Paulikloster, um Havel- und Kanalstraße. Da ist viel zu tun. Aber auch wenn die gesamte Modernisierung abgeschlossen ist, dann gibt es weiterhin viel Arbeit.

Es steht noch lange nicht fest, wann mit dem Rückbau – sprich Abriss von Wohnungen - aufgehört werden kann. Schließlich haben wir noch immer weitaus mehr Wegzüge und Sterbefälle als Zuzüge und Geburten in unserer Stadt und ohnehin viel Wohnungsleerstand. Da sind die Aussichten für den sogenannten Rückbau ausgezeichnet. Und wenn die Entwicklung so weitergeht, dann haben wir jedenfalls mit der Amtskette auch in 50 Jahren noch eine Erinnerung daran, dass Brandenburg eine kreisfreie Stadt war, wie gegenwärtig noch. Man muss eben genau wissen, was das Wichtigste für unsere Stadt Brandenburg ist.
E. A.

Geld für alle Schulen nötig

Nichts sagender Antrag in SVV beschlossen

Zunächst stellte die CDU zur SW den Antrag, 2007 müsse die Grundschule Am Krugpark unbedingt saniert werden. Die Fraktionen der Linken.PDS und der SPD wiesen die CDU bereits im Vorfeld darauf hin, dass dies zwar ein wünschenswertes Anliegen sei, allerdings müsse das wenige vorhandene Geld für alle Grundschulen reichen.

Die Beigeordnete Birgit Hübner (Linke.PDS) hatte bereits im Frühjahr den Sanierungsstand der Schulen aufgelistet. Nötig wären über 24 Mio. Euro. Deshalb müsse mit Prioritäten gearbeitet werden. Sanitäranlagen an den verschiedenen Schulen würden vorrangig erneuert. Erst danach könnten Fenster, Hüllensanierung und andere notwendige Arbeiten folgen. Eine Bevorzugung einer Schule ziehe unweigerlich Verluste für andere Schulen nach sich.

Während der SVV stellte die CDU deshalb ihren Antrag um. Nun sollte die Verwaltung für die Haushaltsberatung 2007 die „notwendigen finanziellen und materiellen Maßnahmen zu Sicherung der Schulen mit speziellen Angeboten darzustellen“.

Wobei dazu die Krugparkschule und die Oberschule

Kirchmöser gehören sollten. Mündlich wurde begründet, man müsse sich für die Schulen entscheiden mit denen man beginne.

Nun wurde die CDU darauf hingewiesen, dass die Verwaltung dieses Konzept bekanntlich Ende des Jahres mit dem Haushalt vorlegen würde. Außerdem umfasse der Antrag nun praktisch alle Schulen, sagte die Jugendhilfeausschussvorsitzende Birgit Patz (Fraktion Die Linke.PDS). Mittlerweile hätten praktisch alle Schulen im Wettbewerb um die geringer werdenden Schülerzahlen ein spezielles Angebot, mit dem sie Schüler an sich binden.

Aus Sicht der Linken.PDS bot der schriftliche Antrag der CDU nichts Neues, was über das ohnehin im Fachbereich von Birgit Hübner erfolgende hinaus gehen würde. Die mündliche Begründung der CDU ging aber immer noch von einer Bevorzugung der Krugparkschule aus. Diese Bevorzugung wollte die Linke.PDS nicht mittragen sowie auch nicht einen nichts sagenden Antrag beschließen. Deshalb stimmte sie gegen den Antrag, der allerdings nun mit den Stimmen der Mehrheit von CDU, SPD und FDP angenommen wurde. M. Osterburg

Neoliberalismus – alternativlos!?

Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Fontaneklub

Am Donnerstag, dem 21. Sept. 2006 fand die erste Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung nach der Sommerpause statt. Zu dem spannenden Thema „Neoliberalismus – Geschichte, Theorien und Politik“ referierte Professor Dr. Günter Krause aus Berlin.

Der Neoliberalismus als Herrschaftssystem ist bereits seit Ende der 20-er Jahre des vergangenen Jahrhunderts existent, in Deutschland vertreten durch die so genannte „Freiburger Schule“. Professor Krause benannte wichtige Merkmale des Neoliberalismus. Dazu gehören u.a. Privatisierung des öffentlichen Eigentums, Kostenminimierung in allen gesellschaftlichen Bereichen und natürlich dass der Markt und Wettbewerb im Vordergrund stehen. Desweiteren postuliert der Neoliberalismus immer wieder seine Alternativlosigkeit.

Die Strukturen des neoliberalen Systems sind nach Ansicht des Referenten deshalb so schwer zu durchschauen, weil Maßnahmen und Konzepte innerhalb des Systems an die Alltagsbedingungen der Menschen anknüpfen,

für den Einzelnen also schwer erkennbar sind.

Für die linken Kräfte ist es in der heutigen Situation besonders notwendig, geschlossen aufzutreten, eine Alternative anzubieten, welche Menschen mobilisiert, mit der sie sich identifizieren und für die es sich lohnt, sich gemeinsam stark zu machen. Für die anwesenden Zuhörer war es eine gelungene Veranstaltung mit neuen Erkenntnissen.

Leider haben nur sehr wenig Personen den Weg in den Fontane-Klub gefunden. Von Unseren eigenen Genossen und Sympathisanten war ich sehr enttäuscht. Und hoffe sehr, dass die Beteiligung bei der nächsten Veranstaltung besser ist. Die nächste Gesprächsrunde findet am 26.10.06 um 18 Uhr im Havelzimmer des Fontaneclubs statt. Thema wird dann sein: „Demographischer Wandel – gesellschaftliche Wirkungen und Alternativen“. Der Referent ist dann Prof. Dr. Jürgen Hofmann aus Berlin. Alle Interessenten sind herzlich eingeladen. Kerstin Huch

Schule könnte gut sein

Bericht von einem Workshop zum Bildungssystem

Gute Bildung neu denken, ja das haben tatsächlich ca. 50 an Bildung Interessierte alte, mittelalte und junge Menschen bei einem Workshop am Samstag, 23.09., in Potsdam intensiv getan.

Wir trafen uns in einem sehr kleinen, fast zu kleinen, Raum der Rosa-Luxemburg-Stiftung, die in Ko-operation mit der Landtagsfraktion der Linkspartei und des Finnland-Instituts Deutschland zu dieser Veranstaltung eingeladen hatte.

Über das finnische Bildungssystem referierte zuerst Prof. Matti Meri. Inzwischen wissen wir ja, dass die Finnen zu Anfang der 70 Jahre nach einem Vorbild für eine Neuentwicklung ihres Schulwesens suchten und in der DDR fündig wurden. Nicht umsonst sind sie in den PISA-Studien Spitzenreiter! Vielleicht auch deshalb: Statt von Schulpflicht spricht man in Finnland von Lernpflicht. Klingt doch gut!

Über die Herausforderungen an schulische Bildung in Deutschland nach PISA sprach Dr. Rösner von der Uni Dortmund. Er kritisierte u.a., dass Bildungschancen extrem stark nach sozialer Herkunft variieren dass unser Schulsystem zu föderal, dadurch zu zersplittert ist. Dieser Prozess

wird durch die Föderalismusreform noch verstärkt. Weiterhin bemängelte er die Durchlässigkeit unseres Schulsystems die meistens nur nach unten gegeben ist.

Dr. Rösner zeigte allerdings ebenfalls auf, wie er sich eine sinnvolle Veränderung des Schulsystems vorstellen könnte. Sowohl seine Kritik als auch seine Visionen haben sehr viele Schnittmengen mit denen der Linkspartei.

Nach einem ausgiebigen Mittagsimbiss informierte uns Gerrit Große, die bildungspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion der Linkspartei, über die Vorstellungen unserer Partei über eine zukunftsfähige Schule in Brandenburg. Dabei sparte sie nicht an Kritik gegen die 16. Schulgesetznovelle, die zum Schuljahr 2007/2008 in Kraft treten soll. Dieser Kritik schloss sich der stellvertretende Landesvorsitzende der GEW, Renato Albustin, an. GEW und Linkspartei lehnen diese Novelle ab. Wir hörten gute Vorträge und erlebten eine heftige Diskussion darüber, wie Schule sein könnte, wenn man sie nur liebe. Heidi Hauffe

Neu aber nicht unbedingt erfreulich

Am vorletzten Septembertag erfuhren die Brandenburger aus der Tageszeitung, dass wir in unserer Stadt und Umgebung im 9. Monat des Jahres 2006 34 Arbeitslose weniger hatten als im August, also „nur noch“ 10169.

Allerdings wurde von der Agentur für Arbeit nicht mitgeteilt, wieviele „1-Euro-Jobber“ im September ihre Arbeit aufgenommen haben und deshalb nicht in der Statistik erscheinen. Außerdem wurde an diesem Tag bekannt, dass unsere Verkehrsbetriebe die Preise für Busse und Bahnen – wie im gesamten Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg – Anfang 2007 erhöhen wollen, um die gestiegenen Energiekosten decken zu können. Immerhin – ein ganzes Jahr wurden dann die Preise dort nicht erhöht und sie sind noch immer günstiger als eine Taxifahrt. Edith Altenkirch

Mitglieder des Landesvorstandes der WASG nachgewählt

Die Weichen für eine Fusion von Linkspartei.PDS und WASG im Land Brandenburg sind gestellt.

Der Landesparteitag beschloss, Mitglieder in den Landesvorstand nachzuwählen. Aus dem Kreisverband Brandenburg an der Havel wurden Hartmut Kühne – als innenpolitischer Sprecher der WASG – und Yvonne Sünder, welche Doppelmitglied der Linkspartei.PDS und der WASG und für Jugend, Bildung und Hochschulpolitik verantwortlich ist, in den Landesvorstand gewählt. Damit sind gute Voraussetzungen, insbesondere für unsere Stadt Brandenburg an der Havel gegeben, um die Diskussion und die geplante Urabstimmung zum Parteineubildungsprozess voranzutreiben. Sabine Matlik KV-Brandenburg der WASG

Schwund der Demokratie in Brandenburg/Havel

Nichts Neues aus dem Hause Tiemann/Brandt

Was in den Köpfen der obersten Stadtverwaltenden manchmal vor sich geht ist kaum nachzuvollziehen. Eine Posse jagt die nächste.

Neuestes Produkt ist der Bau eines Parkplatzes auf dem Areal zwischen OLG/Vereins- und Magdeburger Straße. Es ist unergründlich weshalb Brandt und seine

MAZ entnehmen. Es sei erinnert, dass er sich über einen Brückenneubau über den Stadtkanal zum Pauli-Kloster ausließ. Dabei ist das „Schleifen“ von stadteigenen Wohnhäusern ebenso egal, wie die Wegführung über privaten Grund. Hier hätte man doch den ersten Schritt vor dem zweiten gehen sollen. Der Bereich Große und Kleine Gartenstraße benötigt eine massive Auffrischung. Jeden Besucher und Brandenburger gruselt es über diesen Bereich in die Stadt zu kommen.

Übrigens, für den ersten Eindruck gibt es keine zweite Chance. Das dürfte selbst Tiemann/Brandt & Co. klar sein.

Mit Antworten hat die Stadtführung es ja auch nicht so eilig. Wie ist es sonst zu verstehen, dass die Umgestaltung des St.-Annen-Areals usw. durch die WOBRA mit großer Pomp eröffnet wurde, aber eine Anfrage – betreff der St.-Annen-Straße vom Neustädtischen Markt bis zur Potsdamer Straße (Veranstaltung im CCC zum St.-Annen-Center) – ist vom 20. April 2006 an unbeantwortet.

Ach ja, der Entwurf zum Masterplan der Stadt Brandenburg schreibt dazu, dass die derzeitige Stadtführung sich nur noch mit Akteursgruppen befassen will. Und die Breite Masse? Eine eidgenössische Demokratie ist in Brandenburg an der Havel kaum denkbar. Jedenfalls heute nicht. W. Müller BO | Görden

Luftbild des Gertrud-Piter Platzes und Umgebung wenn es nach den Plänen der Stadt geht wird demnächst weniger Grün vorhanden sein



Chefin auf diesen Standort beharren. Warum ist es notwendig einen Park zu vernichten um einen Parkplatz zu errichten? Hier zeigt sich wieder einmal die Einfallslosigkeit der Tiemannschen Stadtverwaltung. Wenn die Errichtung eines Parkhauses in der Plauer Straße derzeit nicht möglich ist, so sollte man doch auf andere Alternativen zurückgreifen. In der Plauer Straße gibt es nicht nur eine Seite. Neben der ehemaligen Altstädtischen Post besteht eine weitere Möglichkeit. Die Häuser dort sind ruinös und augenblicklich nicht genutzt. Die nächste Chance besteht in der unmittelbaren Nähe. Aber auch hier muss man eben über seinen Schatten springen. Das Gelände der ehemaligen Wiemann-Werft bietet genügend Raum.

Als angenehmer Nebeneffekt wird die Innenstadt belebt. Von der Entfernung gesehen ist der Weg zum neuen Verwaltungssitz nicht weiter als vom OLG. Derartige Schnellschüsse sind jederzeit von der jetzigen Stadtführung zu erwarten. Anders kann man auch diesen Vorgang nicht betrachten. Gleichartiges konnten wir jüngst von Herrn Brandt aus der



Das dritte Regenbogenfest im Waldcafé Görden

Ein großes Dankeschön an alle Unterstützer und Spender

Anlässlich der interkulturellen Woche 2006 feierten die Brandenburger am 16.09.06 auf dem Görden im Waldcafé mit vielen ausländischen Mitbürgern unserer Stadt und internationalen Gruppen das dritte Regenbogenfest.

Veranstalter waren die Berlin-Brandenburgische Auslandsgesellschaft e.V. (BBAG) und ihre Partner, wie zum Beispiel der Internationale Bund, der Club am Turm, das SOS Kinderdorf, die AWO, „Blue Tower“ e.V., die Brandenburgische Sportjugend, der Sportclub „Makkabi“, die Inhaber des Waldcafé Görden und die Bürgerhilfe e.V.

Viele ehrenamtliche Helfer der Linkspartei.PDS und der Volkssolidarität halfen bei der Vorbereitung, Durchführung und Finanzierung dieses gelungenen Festes. So spendeten Mitglieder der Linkspartei.PDS 200 Euro und die WASG Brandenburg 28 Euro für die Durchführung des Festes.

Bis auf den letzten Platz waren alle Plätze besetzt. Eine bunte Mischung von Jung und Alt waren zu Gast. Der Wettergott spielte auch mit und für Essen und Trinken war reichlich gesorgt. Ein großes Dankeschön gilt der

Familie Köprüci. Um 10.00 Uhr ging es sportlich mit einem Straßenturnier los. Begeisterung von der ersten Minute bis zur letzten. Auch Flohmarktfreunde kamen auf ihre Kosten.

Auf der Bühne wechselten sich ausländische und deutsche Künstler ab. Die Besucher konnten das Duo Fröhlich, einen vietnamesischen Stocktanz, Hip Hop, die Bauchtanzgruppe Sükran, Ben Kadi, eine afrikanische Musikgruppe, Wunschmusik vom Band und vieles andere erleben.

Ein Höhepunkt des Festes war die vietnamesische Tanzgruppe, die auf der Bühne und zwischen den Zuschauern in Kostümen schwebten. Für die kleinen Gäste gab es einen Mal-Wettbewerb und Räuber Raudibald sorgte für gute Unterhaltung bei den kleinen Gästen.

Ein großes Dankeschön gilt den Veranstaltern, den vielen fleißigen Helfern und Spendern. Es war ein wunderschöner Tag mit vielen Erlebnissen.

Wir rufen alle auf, mitzuhelfen, damit das Regenbogenfest im nächsten Jahr wieder zu einem kulturellen Höhepunkt wird. Rosi Musehold

Leserbriefe

Unser Parteitag der WASG in Senftenberg

Für mich ist es eine total neue Erfahrung, mit soviel Genossen zusammen zu kommen. Leider zeigte sich aber schon im Bus, dass einige es nicht für nötig halten zur Sache zu stehen einfach fern bleiben.

Gerade dieser Parteitag sollte noch einmal unsere Stärke und unseren Zusammenhalt zeigen. Es zeigte sich bei mir erste gewisse Enttäuschung. Beim Betreten des Versammlungssaals war ich aber doch sehr positiv überrascht über die Massen die doch anwesend waren. Man fühlte sich doch gleich in einer gehobenen Stimmung. Jeder der Anwesenden zeigte, dass er bereit war diesen Parteitag zu einem Erfolg zu machen.

Für mich war es ein gewisser Stolz, dass gerade unser Kreisverband- vorsitzender Hartmut Kühne als Präsidiums vorsitzender fungierte. Auch lernte ich hier unseren amtlichen Sprecher des WASG-Landesvorstandes Dr.

Steffen Hultsch kennen.

Man hört aus diesen Menschen kein Wenn und Aber, sondern eine Überzeugung, dass nur unser Zusammenhalt und unser Wollen und Glaube an die Sache der WASG eine Änderung herbei führen kann. Und doch war auch eine gewisse Spannung vorhanden. Ich glaube, das gehört wahrscheinlich auch dazu. Denn jeder hat seine eigene Art den Weg zu gehen, etwas zu erreichen, und doch haben wir alle ein gemeinsames Ziel. Die gestellten Anträge wurden oftmals hart durchdiskutiert. Ich bekam als Neuling die Ansicht, dass hier hart aber ehrlich und überzeugt über verschiedene Punkte diskutiert wurde. Es zeigte sich ein großes Interesse an der Sache der WASG, wenn darüber diskutiert wird und Beiträge auf dem Tisch kommen die uns vorwärts bringen. Ich muss aber auch sagen, dass Anwesenheit allein nicht zählt. R. Bölker

Termine

10.10.	18.00 Uhr	Beratung der BO-Vorsitzenden
12.10.	18.00 Uhr	AG Politische Bildung
15.10.	10.00 Uhr	Frühschoppen der WASG in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität in der Haydnstrasse
18.10.	18.00 Uhr	Öffentliche Vorstandssitzung
23.10.	18.00 Uhr	Öffentliche Fraktionssitzung
26.10.	18.00 Uhr	Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Fontane-Klub, Thema: Demographischer Wandel, gesellschaftliche Wirkungen und Alternativen
01.11.	18.00 Uhr	Öffentliche Vorstandssitzung

Wir Gratulieren

<i>Geburtstage in der WASG</i>	13.10.	<i>Ursula Sacharow</i>	
14.10.	<i>M. Grabowski</i>	16.10.	<i>Hannelore Berger</i>
20.10.	<i>E. Lopez</i>	17.10.	<i>Heinz Kampmeyer</i>
<i>Geburtstage in der Linkspartei. PDS</i>	22.10.	<i>Klaus Müller</i>	
03.10.	<i>Klaus Schink</i>	23.10.	<i>Otto Mehlhase</i>
07.10.	<i>Ursula Lampe,</i>	25.10.	<i>Helga Didzuhn</i>
	<i>Uwe Trenner</i>	27.10.	<i>Jürgen Knorr</i>
09.10.	<i>Harry Prill</i>	28.10.	<i>Irmgard Groth</i>

Öffnungszeiten

Montag	9-17 Uhr
Dienstag	9-17 Uhr
Mittwoch	9-13 Uhr
Donnerstag	9-17 Uhr
Linke.PDS-Geschäftsstelle	
Altstadt Markt 2	
14776 Brandenburg	
Tel.: 0 33 81 - 22 47 33	
Fax: 0 33 81 - 22 99 61	
Internet: www.linksparitei-pds-stadt-brb.de	
E-Mail: info@linksparitei-pds-stadt-brb.de	

Impressum

Herausgeber: Linke.PDS-Stadtverband Brandenburg
 Verantw. i.s.d.P.: Silvia Hauffe
 Anschrift: Altstädtischer Markt 2,
 14776 Brandenburg
 E-Mail: info@linksparitei-pds-stadt-brb.de
 Die Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung und dem Stil des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder übernimmt die Redaktion keine Haftung.
 Nächster Redaktionsschluss 30. November 2006

ANGIES WELT

Nr.3: Die Lächler

DIE KANZLERIN UND DER MINISTERPRÄSIDENT CHINAS



MORGENAPPELL IM KANZLERAMT



GESUNDHEITSMINISTERIN SCHMIDT



KOMMT DIE GESUNDHEITREFORM ODER NICHT? MUSS DIE MINISTERIN MIT DEM ERFRISCHENDEN LÄCHELN ODER GAR DIE GESAMTE GROSSKOALITIONÄRE REGIERUNG, EINSCHLIESSLICH DER ERSTEN KANZLERIN DEUTSCHLANDS, FRÜHZEITIG GEHEN? WIRD GUIDO WESTERWELLE NÄCHSTER MINISTER FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND UNTER EINEM BLUNDESKANZLER KLAUS WOWEREIT?

Fortsetzung folgt ...

www.linksfraktion.de